

Kindschaftsrecht

Reform von Regierung verabschiedet

VADUZ Die Regierung hat die Stellungnahme zur Reform des Kindschaftsrechts, im Besonderen betreffend die Einführung der gemeinsamen Obsorge, verabschiedet. Die Stellungnahme wird vom Landtag voraussichtlich im Juni 2014 in zweiter Lesung behandelt werden, teilte das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft mit. Die Reform soll demnach auf den 1. Januar 2015 in Kraft treten und wurde im Zuge der ersten Lesung im Dezember-Landtag 2013 ausdrücklich begrüsst. Im Rahmen der ersten Lesung wurden einige Diskussionspunkte aufgeworfen sowie verschiedene inhaltliche Fragen gestellt, die mit der vorliegenden Stellungnahme beantwortet werden sollen. Die Fragen betreffen, hält die Regierung fest, hauptsächlich das Übergangsrecht, die Kostentragung der gerichtlich verfügten Mediation sowie Detailfragen zum Obsorge-recht. «Mit dieser Reform soll ein zeitgemässes, ausgewogenes und verstärkt den Bedürfnissen der Kinder entsprechendes Kindschaftsrecht geschaffen werden, das aber auch die Rechte und Bedürfnisse beider Elternteile angemessen berücksichtigt», wird Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer in der Presseaussendung zitiert. (red/ikr)

Zu beamtenfreundlich

Bündner Rat versenkt Personalgesetz

CHUR Die 3000 Angestellten des Kantons Graubünden bekommen keine neuen Arbeitsbedingungen. Der Grosse Rat versenkte das neue Personalgesetz mit drei Stimmen Differenz. Regierungsrätin Barbara Janom warf der von der FDP angeführten Gegnerschaft Diskussionsverweigerung vor. Die Debatte war emotional, zeitweise gehässig und dauerte über vier Stunden. Am Schluss folgte der Rat der knappen Mehrheit der Vorberatungskommission und trat am Donnerstag bei einem Stimmenverhältnis von 60:57 nicht auf die Totalrevision des Personalgesetzes ein. Die grösste Fraktion, die FDP, stimmte dagegen. Für das Eintreten hatten BDP und SP votiert, die CVP-Fraktion war in beiden Lagern vertreten. Der denkbar knappe Entscheid widerspiegelt die Verhältnisse in der Vorberatungskommission, wo der Nichtintretensentscheid mit 6:5 Stimmen gefasst worden war. Weder Mitglieder des 120-köpfigen Bündner Parlaments noch der Regierung können sich an einen Fall erinnern, bei dem eine grossräthliche Vorberatungskommission nicht auf ein Regierungsgeschäft eingetreten wäre.

Konsternierte Regierungsrätin

Auf der Regierungsbank wurde das gar nicht goutiert. Finanzdirektorin Barbara Janom (BDP) warf der Vorberatungskommission Diskussionsverweigerung vor. Sie sei konsterniert, sagte die Regierungsrätin. Die Kommission habe sich gar nie ernsthaft mit der Vorlage auseinandergesetzt. Kein einziger Punkt des Gesetzesentwurfs mit 70 Artikeln sei vertieft diskutiert worden. Die Vorlage sei in der Kommission als zu mitarbeiterfreundlich empfunden und deshalb abgeblockt worden. Die Gegnerschaft des neuen Personalgesetzes hatte argumentiert, die aktuellen Bedingungen für die Angestellten des Kantons und für jene in den öffentlich-rechtlichen Anstalten seien im Vergleich zu den Verhältnissen in der Wirtschaft und in den Gemeinden bereits gut. Ein neues Gesetz sei deshalb nicht nötig und würde die Privatwirtschaft unter Zugzwang setzen. Dieses hätte den Angestellten des Kantons unter anderem drei Tage mehr Ferien gebracht oder einen längeren Mutterschaftsurlaub. Es wären aber auch Automatismen in der Lohnentwicklung gekappt worden. (sda)



Auf aktion-widerstand.de wird ausführlich über das jüngste Treffen der «Europäischen Aktion» im Kanton St. Gallen berichtet. Das ebenfalls auf dieser Internetseite publizierte Foto zeigt von links: M. E. aus dem Unterland, Pierre Dornbrach von den Jungen Nationaldemokraten, Adrian Segessenmann (Vizepräsident PNOS), der österreichische Autor Richard Melisch und der offiziell von seinem Amt als EA-Landesleiter zurückgetretene Oliver Hasler aus Nendeln.

Rechtsextreme EA: Liechtensteiner bei Vortragsabend in der Ostschweiz

Geheimtreffen Deutsche Rechtsextremisten publizierten jüngst ein Foto, das Gesinnungskameraden aus Liechtenstein zeigt. Die Aufnahme entstand Anfang April bei einem Vortragsabend der Europäischen Aktion (EA) im St. Galler Oberland.

VON HANS STUTZ

Im Hintergrund hängt die Fahne der Europäischen Aktion EA, die ein «Europa der Vaterländer» errichten will. Im Klartext: Sie will einen Staat gemäss nationalsozialistischen Vorstellungen, den alle Einwohner aussereuropäischer Herkunft verlassen müssten. Vor der Fahne stehen fünf Männer. Die drei Herren in der Bildmitte sind bekannte rechtsextreme Exponenten. Im Zentrum Adrian Segessenmann, Vizepräsident der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Rechts neben ihm der 80-jährige österreichische Publizist Richard Melisch, ein bei deutschsprachigen Rechtsextremisten beliebter Redner. Links neben dem Eidgenossen der deutsche Bundesbürger Pierre Dornbrach, Schulungsleiter der Jungen Nationaldemokraten JN. Eingeraht werden die Politaktivisten von zwei jungen Männern aus Liechtenstein. Am rechten Bildrand Oliver Hasler aus Nendeln, links aussen M. E., früher Triesenberg, heute im Unterland wohnhaft.

EA-Landesleiter O. H. aus Nendeln Oliver Hasler ist bereits einmal als EA-Exponent aufgetreten. Das «Volksblatt» berichtete Mitte Sep-

tember 2012, dass der junge Mann aus Nendeln im Elsass am «Europafest» als «Landesleiter Liechtenstein» eine Rede gehalten habe. Hasler schrieb daraufhin - auch auf Druck der Politik - in einer Stellungnahme, dass er den Beschluss gefasst habe, «den Rücktrittsanscheid als Landesleiter Liechtensteins sowie aller anderen Ämter der Europäischen Aktion zu verlaublichen». Hat er seine Entscheidung mittlerweile revidiert? Er sei bei besagtem Treffen in St. Gallen lediglich als «Besucher» anwesend gewesen, erklärt er auf Anfrage. Weitere Fragen wollte er nicht beantworten. Noch nie öffentlich aufgetreten ist M. E., ausser dass sein Name vor über zwei Jahren auf der gehackten Kundenliste eines Neonazi-Versandes auftauchte. Bemerkenswert: Auf seinem Facebook-Konto posiert er in einem T-Shirt mit dem Signet der Jungen Nationaldemokraten Deutschland (JN), der Jugendorganisation der National Demokratischen Partei (NPD). Das Foto ins Internet gestellt haben die JN. Aufgenommen wurde es am ersten Aprilsamstag. Eine JN-Delegation sei, so die deutschen Rechtsextremisten, am 4. April zu einer Ver-

anstaltung der EA Liechtenstein gefahren, um dort über «Europa als Lebensgemeinschaft» zu sprechen. In Liechtenstein, «dem wunderschönen Alpenland», seien sie zuerst «umhergeführt» worden. Die deutschen Recken schwärmten besonders von den Häusern und Bauten des Hauptorts Vaduz («eine architektonische Meisterleistung») und «dem europäischen Geist, der hinter den Fassaden» stecke. Nüchtern verließ anderntags die EA-«Vortragsveranstaltung». Sie habe im St. Galler Oberland stattgefunden, erklärt auf Anfrage Gian Rezzoli, Mediensprecher der St. Galler Kantonspolizei. Die Polizei habe im Vorfeld von der Versammlung «Nationalkonservativer» Kenntnis bekommen. Da keine strafrechtliche Relevanz bestand, habe sie den Anlass nicht weiter beobachtet.

EA warnt vor «Rassenvermischung»

Diese «Nationalkonservativen» loben in ihrem Bericht zuerst den «Gedanken eines gesamteuropäischen Kampfes», der den «unzähligen Freiwilligen in den Reihen der Waffens glühendes Ideal» gewesen sei. Der JN-Schulungsleiter Dornbrach forderte dann den «grenzüber-

schreitenden Befreiungskampf der europäischen Völker». Und der zweite Referent Richard Melisch behauptete, dass die USA «auf dem Weg in die 3. Welt» seien. Er konstatierte «eine schleichende Drangsalierung der weissen Bevölkerungsanteile». Die EA Liechtenstein zieht daraus in ihrem Veranstaltungsbericht den rassistischen Schluss: So wie die «weissen Amerikaner» bald in der «Bedeutungslosigkeit der Rassenvermischung» verschwinden würden, so würden auch «die europäischen Völker» Gefahr laufen, «im Chaos dieser sich bewegenden Völker- und Rassenmassen gänzlich zu verschwinden». Nach den Reden plante man noch Taten. «Führende Mitglieder der EA Liechtenstein» und die JN seien, so der JN-Bericht, zusammengesessen mit Österreichern, dem PNOS-Vertreter Segessenmann und Kroaten der Partei des Rechts (HCSP). Man sei sich einig, dass es «weitere Aktionen und Zusammenkünfte» geben müsse. Rechtsextremisten taten sich bislang schwer mit internationaler Zusammenarbeit. Auch wenn die EA-Veranstaltung in der Ostschweiz die Frucht einer JN-Veranstaltung war. Zu Frühlingsbeginn 2014 hatte die deutsche Jungpartei in der thüringischen Kleinstadt Kirchheim einen «Europakongress» durchgeführt, als Teil des Wahlkampfes für das Europäische Parlament. Mit dabei auch die Schweizer PNOS und die Europäische Aktion. Unklar ist, ob auch Liechtensteiner ins Bundesland Thüringen gefahren waren.

Über den Autor

Hans Stutz ist Schweizer Journalist und beobachtet die rechtsextreme Szene seit rund 25 Jahren.

25. September 2012: Im «Volksblatt» verkündet Oliver Hasler seinen Rücktritt als EA-Landesleiter.

Europäische Aktion Landesleiter gibt seinen Rücktritt bekannt

Liechtenstein Nirdend Internet

VADUZ Der Druck der Regierung und Landtag am vergangenen Donnerstag ausgeübt haben, zeigt Wirkung. In einer E-Mail, das «Volksblatt» gestern Abend erhalten hat, distanziert sich Landesleiter Oliver Hasler plötzlich von der Europäischen Aktion: «Ich habe den Beschluss gefasst, den Rücktrittsanscheid als Landesleiter Liechtensteins sowie aller anderer Ämter der Europäischen Aktion, zu verlaublichen. Ich möchte als junger Mann am Anfang meines Lebens stehend, den Meinungsdictatoren die Möglichkeit verwehren, meine persönliche Existenz zu zermürben.»

gen des Landtagsabgeordneten Harry Quaderer hierzulande Gesetze erlassen werden sollten, mit dem Zweck, volkstreuere Menschen «aus dem Verkehr zu ziehen». Dies sei seines Erachtens eine «höchst zweifelhafte Auffassung der politischen Meinungsvielfalt, welche das Demokratiedefizit unserer Zeit offenbart.»

Angebliche Abkehr Hasler betont, dass er sich der Regierung dahingehend anschliesse, gegen Rechtsextremisten und politisch motivierte Gewalttäter eine Nulltoleranzlinie zu fahren. «Dies kann ich...

Fahrprüfer per E-Mail mit dem Tode bedroht

Ausgerastet Weil ihn ein Fahrprüfer bei der Autoprüfung wegen Übermüdung nach Hause geschickt hatte, rastete ein 20-Jähriger aus und schickte dem Prüfer eine bedrohliche E-Mail. Die Sache landete vor Gericht.

VON JOHANNES MATTIVI

Der junge Mann, der auch gestern vor Gericht leicht gereizt schien, musste seine Tat nicht lange abstreiten. Die E-Mail an den Fahrprüfer trug seinen Namen schon in der Adresse. Inhaltlich war die Mail ein einziger Ausraster. Der Prüfer werde sein Leben breuen und wenn sie sich auf der Strasse träfen, werde er ihm den Kopf polieren. Mehr noch: Er werde ihn zu Tode schlagen, zu Fleisch machen oder zumindest so hart zusammenschlagen, dass er nicht einmal mehr als Experte arbeiten könne. «Der Krieg kann beginnen. Man sollte sich nicht mit einem Tschetnik anlegen.» - «Ok, ich habe es geschrieben», bekannte der 20-Jährige unumwunden

vor dem Richter. «Aber ich habe mich halt ungerecht behandelt gefühlt.» Richter: «Wenn Sie sich ungerecht behandelt fühlen, können Sie eine Beschwerde schreiben, aber keine Drohmails.» Beschuldigter: «Mir hat man gesagt, man könne mit dem Prüfer reden. Aber es hat nichts genützt. Manchmal funktioniert reden, manchmal nicht.» Der Prüfer hatte sich offenbar im Recht gefühlt. Nachdem sein Prüfling, der temporär als Staplerfahrer arbeitet, von der Früh-schicht zur Autofahrprüfung gekommen war, hatte er den Eindruck, der junge Mann sei übermüdet. Deshalb

brach er die Prüfung ab und schickte den 20-Jährigen für einen neuen Termin nach Hause. «Das ist doch ein sinnloser Grund. Ich bin ja nicht besoffen gefahren», empörte sich der 20-Jährige noch gestern vor Gericht. Richter: «Darum geht es nicht. Wenn man solche Mails verschickt, hört sich der Spass auf.» Der Fahrprüfer hatte sich jedenfalls unwohl gefühlt und den jungen Mann angezeigt. **Bedrohliche Absicht reicht** Dabei ist es zweitrangig, wie hart ein Opfer im Nehmen ist. Um den Tatbe-

stand der gefährlichen Drohung zu erfüllen, genügt es bereits, wenn es dem Täter darauf ankommt, sein Opfer in Furcht und Unruhe zu versetzen und die Art der Drohung in objektiver Weise dazu geeignet ist. Das Ganze war jedenfalls mehr als nur aufgeregtes Schimpfen nach der abgebrochenen Prüfung. Schon im vergangenen Jahr war der 20-Jährige aggressiv aufgefallen. Da soll er im Streit vor seinem Vater mit einem Messer herumgefuchelt haben und auf diesen losgegangen sein. Dieser Vorfall konnte damals mit einem aussergerichtlichen Tat-ausgleich bereinigt werden. Für den Vorfall mit dem Fahrprüfer bekam der 20-Jährige eine teilbedingte Geldstrafe von 2400 Franken.